Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wird heute US-Präsident Donald Trump im Weißen Haus treffen. Das Gespräch folgt nur drei Tage nach Trumps Zusammenkunft mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin – einem Treffen, das internationale Irritationen auslöste, nachdem Trump offen Putins Friedensvorschlag unterstützte. Dieser sieht vor, dass die Ukraine weite Teile ihres Staatsgebiets abtritt.

Aktuelle Entwicklungen im Überblick

Europäische Spitzenpolitiker – darunter Bundeskanzler Friedrich Merz, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und der britische Premierminister Keir Starmer – kündigten an, Selenskyj nach Washington zu begleiten. Ihr Besuch soll ein klares Zeichen europäischer Solidarität setzen.

Das Treffen zwischen Trump und Putin, das am Freitag im US-Bundesstaat Alaska stattfand, wurde in Kiew und europäischen Hauptstädten als Rückschlag für die Ukraine gewertet. Hoffnung gibt jedoch ein US-Vorschlag, Sicherheitsgarantien für die Ukraine zu schaffen, die künftige russische Aggressionen abschrecken sollen.

Hintergrund: Der russische Friedensvorschlag enthält die Bedingung, dass die Ukraine die östliche Industrieregion Donbas, in der eine mehrheitlich russischsprachige Bevölkerung lebt, aufgibt.

Für viele Ukrainerinnen und Ukrainer, die durch russische Luftangriffe zur Flucht gezwungen wurden, war der Gipfel zwischen Trump und Putin ein Affront. Sie sehen in der russlandfreundlichen Haltung Washingtons eine Missachtung ihres Leids und ihres Landes.

USA stoppen Besuchsvisa für Menschen aus Gaza

Die Trump-Administration hat die Genehmigung von Besuchsvisa für Menschen aus dem Gazastreifen gestoppt – ein Schritt, der vor allem Kinder mit schweren Erkrankungen trifft, die in US-Kliniken behandelt werden sollten.

Dem Beschluss ging eine medienwirksame Kampagne der rechtsgerichteten Aktivistin Laura Loomer voraus, die in sozialen Netzwerken ankommende Flüge aus Gaza als „nationale Sicherheitsbedrohung“ bezeichnete. Loomer gilt als einflussreiche Stimme bei

Entscheidungen innerhalb der Trump-Regierung.

Eine in Ohio ansässige Hilfsorganisation, die sich um palästinensische Familien kümmert, teilte mit, sie habe allein in diesem Monat elf Kinder, von denen viele im Gaza-Krieg Gliedmaßen verloren hatten, mithilfe solcher Visa in US-Kliniken gebracht.

Israel: Hunderttausende Menschen demonstrierten in Israel für einen sofortigen Waffenstillstand und die Freilassung von Geiseln. Gleichzeitig bereitete sich das israelische Militär auf eine Ausweitung der Offensive im Gazastreifen vor.

Boliviens Schattenwahlkampf

Obwohl Ex-Präsident Evo Morales nicht mehr zur Wahl steht, versucht er weiterhin, Einfluss auf Boliviens Präsidentschaftswahl zu nehmen. Morales, der nicht erneut kandidieren darf und mit dem Vorwurf konfrontiert ist, ein 15-jähriges Mädchen geschwängert zu haben, führt seinen inoffiziellen Wahlkampf aus einem abgeschotteten Anwesen im bolivianischen Urwald.

Morales, der sich mit loyalen Anhängern umgibt, ruft seine Gefolgschaft dazu auf, ungültige Stimmen abzugeben. Ehemalige linke Weggefährten warnen, dass dieses Vorgehen die Wahl zugunsten von Samuel Doria Medina, einem wirtschaftsliberalen Unternehmer, oder Jorge Quiroga, einem konservativen Ex-Präsidenten, beeinflussen könnte.

Hintergrund: Morales war Boliviens erster indigener Präsident und prägte die politische Landschaft des Landes tiefgreifend, indem er benachteiligten Gruppen Gehör verschaffte. Seine umstrittene Kandidatur für eine vierte Amtszeit führte jedoch zu Protesten und einem erzwungenen Rückzug ins Exil.

Weitere Schlagzeilen

- Kanada: Die Gewerkschaft der streikenden Flugbegleiter von Air Canada kündigte an, einem richterlichen Beschluss zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht Folge zu leisten. Der Flugverkehr bleibt massiv gestört.
- Pakistan: Verheerende Sturzfluten forderten an einem einzigen Tag mindestens 194 Menschenleben – ein weiterer Höhepunkt einer tödlichen Monsunsaison.
- Türkei: Seit März wurden hunderte mutmaßliche Oppositionelle festgenommen. Kritiker sprechen von einer systematischen Repressionswelle unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan.
- Plastikabkommen: Die Verhandlungen über ein globales Abkommen zur Eindämmung der Plastikverschmutzung scheiterten am Widerstand rohstoffexportierender Länder wie den USA.
- USA: In Washington D.C. protestierten Tausende friedlich gegen den Einsatz der Nationalgarde, den Präsident Trump angeordnet hatte.

Autor: P. Tiko